



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Infectionsgeld für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 182. Mittag-Ausgabe.

Viernundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 19. April 1873.

Deutschland.

Berlin, 18. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Fürsten Carl Egon zu Fürstenberg das Großkreuz des Roten Adler-Ordens und dem Grafen Heinrich von Schönburg-Glauchau den Roten Adler-Orden erster Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Rothe zum Landrathe des Kreises Pr.-Stargard ernannt und dem Kaufmann Eduard Walter zu Basel den Charakter als Commerzienrath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den Gemeinderath Dr. med. Franz Joseph Knoll zu Gaisheim im Ober-Elsaß zum ersten Beigeordneten, den Gemeinderath Kader Bonthron zum zweiten Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt.

Der königlich bayerische Rechtsconsulent Rudolph Lindner von Ausbach ist zum Advokaten im Bezirk des Kaiserlichen Appellations-Gerichts zu Solmar und zum Anwalt bei dem Kaiserlichen Landgerichte in Mülhausen ernannt. — An der Ritter-Akademie in Weiburg ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Matthias Fyß zum Oberlehrer genehmigt worden.

Berlin, 18. April. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen gestern militärische Meldungen im Beisein des Commandanten, und hierauf die Vorträge des Kriegsministeriums und des Militär-Cabinetts entgegen.

Heute nahmen Se. Majestät militärische Meldungen, sowie die Vorträge des General-Intendanten und des Generals von Albedyll entgegen. Dazwischen machten Allerhöchstdieselben Besuche und wohneten im Schloß der Musikprobe zum Fackeltanz bei. Um 3 Uhr empfingen Se. Majestät die Prinzessin Maria von Altenburg im Schloß Bellevue.

Gestern fand im königlichen Palais eine musikalische Abendunterhaltung statt, bei welcher, unter Leitung des Ober-Kapellmeisters Taubert, Herr und Frau Padilla und die italienische Opern-Gesellschaft des Herrn Pollini mitwirkten. — Heute empfing Ihre Majestät die Kaiserin-Königin im königlichen Palais die hier eingetroffenen hohen Gäste vor Ankunft Ihrer Hoheit der Prinzessin-Bräut in Bellevue.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags 11 Uhr militärische Meldungen entgegen und besuchte Abends die Solire bei Ihren Majestäten. (Reichsanz.)

○ Berlin, 18. April. [Das Befinden des Papstes.] — Die Braunschweigische Erbfolge. — Außer den wichtigsten Angelegenheiten, welche den Reichstag gegenwärtig beschäftigen, sind es selbstverständlich die Nachrichten aus Rom über das Befinden des Papstes, die das Interesse vorzugsweise in Anspruch nehmen. Auffällig ist, daß selbst die diplomatischen Berichte, welche aus Rom hierher gelangen, in ihrem Urtheil über den Zustand des Papstes ebenso auseinander gehen, wie die Nachrichten der Presse. Nach der einen Version hat das Unwohlsein durchaus keinen bedenklichen Charakter, nach der anderen wird das Ableben des Papstes als nahe bevorstehend angesehen. Es ist aber beachtenswerth, daß in der Umgebung des Vatikans sich eine lebhaftere Bewegung kundgibt, welche nicht bloß auf übliche Erkundigungen und Theilnahmebezeugungen zurückzuführen ist. — Die Voraussetzung, daß der Tod des Papstes die Mittreise des Reichskanzlers nach Petersburg verhindern könnte, dürfte kaum zutreffen, da man hier sicherlich längst auf diesen Fall vorbereitet ist; eher wäre es möglich, daß die Beratungen im Reichstage und im Herrenhause eine frühere Rückkehr des Fürsten nach Berlin veranlassen könnten. — Die „National-Zeitung“ enthält heute einen recht beachtenswerten Artikel über die Braunschweiger Frage, in dem namentlich hervorgehoben und nachgewiesen wird, daß bei den früheren Erbverträgen des Braunschweig-Lüneburger Hauses nicht so sehr auf Ansprüche einzelner Personen, als vielmehr auf das Zusammenbleiben der Länder Hannover und Braunschweig Rücksicht genommen worden ist. Die „Nat.-Ztg.“ hat gewiß Recht, wenn sie schließlich die Ueberzeugung ausdrückt, daß die braunschweigische Erbfolge nicht nach dem mühsam gedruckten neuen Gesetz, sondern unter Einwirkung der lebendigen Kräfte und wahren Bedürfnisse in Braunschweig und in Deutschland ihre Regelung erhalten wird.

— Berlin, 18. April. [Die Wechsel-Stempelmarken.] — Das Militärgesetz. — Für die Entwerfung der Wechsel-Stempelmarken sind in dem Wechselstempel-Steuer-Gesetz eine Menge von Formvorschriften enthalten, von denen ein nicht geringer Theil sich durch die neuerdings gemachten Erfahrungen als unzureichend erwiesen hat. Der Reichskanzler hat daher eine Redaction der Cassationsvorschriften vorgeschlagen, um den hervorgetretenen Mängeln abzuhelfen. Gleichzeitig ist auf die dem Reichskanzleramt zahlreich zugegangenen Anträge und Vorstellungen von Organen des Handelsstandes hingewiesen worden, wonach das mit Wechseln verkehrende Publikum sich überhaupt nicht mit dem Grundsatz versöhne, daß auch für die kleinsten Versehen bei der Entwerfung der Marken auch alle Hintermänner des Verwenders bestraft werden, obgleich nur ein offenkundiges Versehen vorliegt. Auch solche Fälle würden billige Berücksichtigung finden können, wenn den Dirigenten der Hauptämter zustünde, Anklageverhandlungen wegen Wechselstempel-Hinterziehungen auf sich beruhen lassen zu dürfen, falls offenbar nur Versehen vorliegen und die Absicht der Steuer-Hinterziehung ausgeschlossen ist. Unter Betonung, daß es statthaft sein möchte, den sich hier darbietenden Zweckmäßigkeitsgründen gerecht zu werden, unterbreitet der Reichskanzler dem Bundesrath folgende Vorschläge: „In Bezug auf die Art und Weise der Verwendung der Bundesstempelmarken zu Wechseln und den dem Wechselstempel unterworfenen Anweisungen und so weiter (Paragraph 24 des Gesetzes) sind nachfolgende Vorschriften zu broachten: 1) Die den betreffenden Steuerbetrag darstellenden Marken sind auf der Rückseite der Urkunde, und zwar, wenn die Rückseite noch unbeschrieben ist, am oberen Rande derselben, anderenfalls unmittelbar unter dem letzten Vermerke (Inoffament u. s. w.), der sich auf der Rückseite befindet, auf einer leeren Stelle derart aufzukleben, daß oberhalb der Marke kein zur Niederschreibung eines Vermerks (Inoffaments, Blanco-Inoffaments u. s. w.) hinreichender Raum übrig bleibt. Der inländische Inhaber, welcher die Marke aufklebt, hat sein Inoffament oder seinen sonstigen Vermerk unterhalb derselben niederzuschreiben. 2) In jeder einzelnen der aufgeklebten Marken müssen mindestens die Anfangsbuchstaben des Namens, bezw. der Firma desjenigen, der die Marke verwendet, und das Datum der Verwendung (in arabischen Ziffern), mittelst deutlicher Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern) ohne jede Ratur, Durchkreuzung oder Ueberschrift niedergeschrieben sein (z. B. 7/1. 70, statt: 7. Januar 1870, E. F. M. statt: Ernst Friedrich Moldenhauer, N. B. B., statt: Norddeutsche Vereins-Bank). Es ist jedoch auch zulässig, den Cassationsvermerk ganz oder

einzelne Theile desselben (z. B. die Bezeichnung der Firma) durch schwarzen oder farbigen Stempelabdruck herzustellen. Enthält der Cassationsvermerk mehr als nach dem Vorstehenden erforderlich ist (z. B. den ausgeschriebenen Namen statt der Anfangsbuchstaben, das Datum in Buchstaben statt in Ziffern u. s. w.) so ist derselbe dennoch gültig, wenn nur die vorgeschriebenen Stücke (Anfangsbuchstaben des Namens, bezw. der Firma und Datum) auf der Marke sich befinden. Jede Durchkreuzung der Marke, auch wenn sie die Schriftzeichen nicht berührt, ist unstatthaft, ebenso die Bezeichnung der Monate September, October, November, December durch 7ber, 8ber, 9ber und 10ber.

3. Bei Ausstellung des Wechsels auf einem gestempelten Blanket kann der an dem vollen gesetzlichen Betrage der Steuer etwa noch fehlende Theil durch vorschriftsmäßig zu verwendende Stempelmarken ergänzt werden. Stempelmarken, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen (§ 14 des Gesetzes). — Dem Reichs-Militärgesetz sind sehr umfassende Motive und viele Erläuterungen bezüglich der Offizier- und Beamtenstellen im Heere beigegeben. Die Motive lehnen sich an einen Auspruch des verstorbenen Abgeordneten Twetten im Norddeutschen Reichstage aus dem Jahre 1867 an, welcher die Nothwendigkeit einer Codification der bestehenden Militärgesetze betont. Es wird daran die Herabsetzung der seitdem erlassenen militärischen Specialgesetze geknüpft und dargethan, daß es sich in der Vorlage nur um eine weitere gesetzliche Regelung derjenigen Gebiete handle, welche von der Reichsgesetzgebung bisher unberührt geblieben sind. Besondere Gesetze über die Friedensleistungen für das Heerwesen, sowie über Unterstützung der Familien der zur Fahne Eingebundenen werden verheißt. Sodann folgt eine Motivierung der einzelnen Abschnitte und Paragraphen des Gesetzes.

D. R.-C. [Französische Ingenieure.] In letzter Zeit sind aus Frankreich an verschiedene hiesige höherstehende Eisenbahnbeamte Schriftstücke eingegangen, welche unterzeichnet waren von angeblich französischen Ingenieuren und in welchen die deutschen Eisenbahn-Beamten in gewissermaßen collegialischer Weise ersucht worden sind, zu angeblich rein technischen Zwecken Auskunft zu geben über die Lage und Ausführung der einzelnen Bahnstrecken ihrer Bahnen. Die Franzosen müssen in der That, trotz der erlauteten Erfolge des letzten Krieges, immer noch einen eigenthümlichen Begriff von der Richtigkeit und Unsicht der Deutschen haben, sonst würden sie unsern Eisenbahnbeamten in der That nicht eine so plumpe Falsch gestellt haben, in die nicht einmal der geringste Arbeiter hineingehen dürfte. Die Herren „Ingenieure“ sind denn auch auf ihre Briefe bis jetzt ohne Antwort geblieben; die Eisenbahnbeamten aber haben diese Briefe zur Kenntniss ihrer Behörden gebracht, und das königliche Eisenbahn-Commissariat hat neuerdings durch eine Circular-Verfügung den übrigen Beamten von diesen Vorfällen Kenntniss gegeben und sie in geeigneten Fällen zur Voricht aufgefodert.

D. R. C. [Prediger Sybow.] Durch die Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß der Evangelische Ober-Kirchenrath in der Synodischen Affaire sich jetzt entschieden habe und beschloßen habe, der Zwangsenteignung des Prediger Dr. Sybow aus seinem bisherigen Amt als erster Prediger an der hiesigen Neuen Kirche zuzustimmen. Wir können aus sonst stets gut unterrichteter Quelle versichern, daß der Evangelische Ober-Kirchenrath sich über diese Angelegenheit bisher noch gar nicht schlüssig gemacht hat, und daß somit jene Nachricht mindestens eine verfrühte genannt werden kann, obgleich ihre Fassung in den Glauben versetzte, daß sie aus offiziellen Quellen hervorgegangen sei. Jedoch können wir hinzufügen, daß der Evangelische Ober-Kirchenrath nunmehr binnen Kurzem über diese Angelegenheit in Betrachtung treten wird.

D. R. C. [Seitens der Polizei-Direction zu München] ist an das hiesige Reichskanzleramt ein Schreiben gegangen, das durch Vermittelung des letzteren dem Reichstage überwiesen ist und in welchem um die Genehmigung des Reichstages nachgesucht wird, zur strafrechtlichen Verfolgung des von den bekannten Ultramontanen, Dr. Siegl herausgegebenen Journals „Die Breme“. In diesem Blatte befand sich ein Gebicht, welches Beleidigungen des Reichstages und seiner Mitglieder enthielt.

[Das Servisgesetz.] Die Mittheilung, daß das Servisgesetz für die Beamten bereits vollzogen sei, hat sich nicht bestätigt. Es gilt vielmehr als wahrscheinlich, daß die Vollziehung erst gleichzeitig mit der in Aussicht stehenden gleichartigen Bewilligung für die Armees erfolgen werde.

[Die Realschulen und die Universitäten.] So eben ist ein von Dr. Paur als Referenten erstatteter Bericht der Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses über 68 Petitionen erschienen, welche meist gleichlautend die Gleichstellung der Realschulen erster Ordnung mit den Gymnasien in Bezug auf die Zulassung ihrer Abiturienten zu den Universitätsstudien und den höheren Staatsämtern erbitten. Der Bericht ist eingeleitet durch eine umfassende historische Darlegung der Entwicklung des Realschulwesens in Preußen und durch eine Vorführung der Schritte, welche bisher schon in der Richtung zu dem von den Petitionen angestrebten Ziele gethan sind. Auf Grund dieser meist bekannten Thatfachen war der Referent in der Commission zu dem Antrage gelangt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die 68 Petitionen der königlichen Staatsregierung in dem Sinne zu überweisen, daß sie bei dem Entwurfe des Unterrichtsgesetzes den Wünschen der Petenten diejenige Berücksichtigung zu Theil werden lasse, welche den Leistungen der Realschulen erster Ordnung gebührt und die der gesetzlich festzustellende Gesamtorganismus des Unterrichtswesens bezüglich des Verhältnisses der höheren Lehranstalten unter sich und zu den Universitäten bedingen wird.

Der Regierungs-Commissarius hat dazu folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: „Der Gegenstand hat eine solche Tragweite, daß er nur im Zusammenhange des gesamten höheren Unterrichtswesens richtig aufgefaßt werden kann. Darum würden auch die neuen Anordnungen, welche die Petenten wünschen, nicht abgesondert für sich, sondern nur im Zusammenhange allgemeiner organisatorischer Maßregeln getroffen werden können. Ob dies zweckmäßig, wird bei dem von dem Cultusminister in Aussicht gestellten Unterrichtsgesetz erwogen werden. Deshalb wird vorgeschlagen, die Petitionen der Staatsregierung zur Erwägung bei dem Entwurfe des Unterrichtsgesetzes zu überweisen.“ — Dieser Auffassung entsprechend beantragt die Unterrichts-Commission mit 5 gegen 4 Stimmen: „Das Haus der Abgeordneten

wolle beschließen, gedachte Petitionen der königlichen Staatsregierung als Material zur Benutzung für das Unterrichtsgesetz zu überweisen.“

Der zweite ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerbevereine wurde am Mittwoch Abend in Breitscheiders Salon mit einer solennen Empfangsfeierlichkeit eröffnet, der sich die Prüfung der Mandate und die Feststellung der Tagesordnung anschloß. In das Bureau zur Leitung der Verhandlungen wurden gewählt die Herren Andread, Berlin (Vorsitzende), Bogast, Berlin (Schriftführer), Binner, Breslau, Helwig, Magdeburg, Surer, Babel und Böhm (Berlin) und von der Hauptversammlung am Donnerstag früh bestätigt.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch über die Thätigkeit des Verbandes und des Centralraths seit dem ersten ordentlichen Verbandstage. Redner konstatierte im Allgemeinen einen erfreulichen Fortgang der Gewerbevereinsbewegung, namentlich den zu den besten Hoffnungen berechtigenden Anfang zur Einigung von Einigungsämtern und gewerblichen Schiedsgerichten, die da, wo sie ihren Zweck nicht erfüllten, hauptsächlich an dem Widerstande und der geringen Einsicht der Arbeitgeber scheiterten, wie beispielsweise bei den Berliner Vergoldern. In Deutschland existiren gegenwärtig 15 Gewerbevereine und 15 selbstständige Ortsvereine mit zusammen 18,888 Mitgliedern, die durch sechsundzwanzig Delegirte auf dem Verbandstage vertreten sind; es sind dies die Gewerbevereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter mit 49 Ortsvereinen, der Tischler und Verfüßgenossen mit 23, der Fabrik- und Handarbeiter mit 47, der Maurer und Bauhandwerker mit 34, der Stuhlarbeiter mit 20, der Schneider mit 10, der Lederarbeiter mit 6, der Zimmerer mit 9, der Schiffszimmerer mit 7, der Töpfer mit 9, der Maler u. s. mit 6, der Cigarrenarbeiter mit 4, der Steinmetzen mit 9, der Porzellan- u. s. Arbeiter mit 27, der Brauer mit 3 Ortsvereinen. Der Centralrath ist mit Erfolg bemüht gewesen, ungerechtfertigte und unorganisirte Streiks zu verhindern, nothwendig gewordene Arbeitseinstellungen dagegen mit allen Kräften zu unterstützen. — Redner warf sodann einen historischen Rückblick auf die sozialen Ereignisse des letzten Jahres, tadelte die Nichtberücksichtigung der Arbeiter bei den Einladungen zu der Eisenacher Kathedersocialisten-Conferenz, beleuchtete sodann die Stellung des preussischen Handelsministers gegenüber den Gewerbevereinen und den auf Grund der neueren Gesetzgebung errichteten gewerblichen Unterstützungsstellen, und unterwarf schließlich das Buch des Dr. Hamberger über die Gewerbevereine einer tadelnden Kritik.

Der Verbandskassirer Landgraf erstattete darauf den Jahresabschluss der Verbandskasse und ihrer Nebenkasse, sowie der Verbands-Invalidentasse. Die Verbandskasse der deutschen Gewerbevereine hatte in der Zeit vom 1. Juli 1871 bis ult. 1872 eine Einnahme von 6662 Thlr. und eine Ausgabe von 6308 Thlr., so daß ein Bestand von 354 Thlr. verbleibt. Die Verbands-Invalidentasse hatte im selben Zeitraum eine Einnahme von 10,821 Thlr. und eine Ausgabe von 10,694 Thlr.; ihr Vermögen betrug sich ult. 1872 auf 19,237 Thlr. bei einer Mitgliederzahl von 6883 in 184 Ortsvereinen. Für die durch die Sturmfluth beschädigten Vereinsgenossen an der Ostküste sind 588 Thlr. eingegangen und 344 Thlr. verausgabt, es verbleibt mithin ein Bestand von 244 Thlr. Die Agitationskassen der deutschen Gewerbevereine endlich hatte 691 Thlr. in Einnahme und 672 Thlr. in Ausgabe. Sämmtliche Rechnungen wurden einer Prüfungscommission überwiesen und sollen in Zukunft vier Wochen vor dem Verbandstage den Mitgliedern im Druck überhandt werden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das Referat des Herrn Andread über die Vertretung der Gewerbevereine auf dem Reichstage und den Landtagen. In längerer Rede, in welcher der Referent namentlich die Ignorirung der sozialen Frage in dem Wahlauftruf der Fortschrittspartei einer herben Kritik unterwirft, begründet er folgende Resolution: 1) Es ist dringende Pflicht aller Verbandsgenossen an allen Orten, bei allen zukünftigen Wahlen, mögen dieselben den Reichstag, die Landtage oder communale Vertretungen betreffen, nicht allein in allen Kreisen zu wirken, sondern auch Theilnahme, sondern auch Freunde unserer Organisation zu bewegen zu suchen, Mitarbeitern dieser Organisation ihre Stimme zu geben, denn nur auf diese Weise können Gesetze geschaffen werden, welche den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach allen Richtungen hin Rechnung tragen. 2) Die Aufstellung eigener Candidaten ist nothwendig, um die Kräfte der Organisation prüfen und danach in Zukunft die Agitation einrichten zu können. 3) Bei etwaiger Ausfallslosigkeit einer eigenen Candidatur ist der Compromiss mit der national-liberalen oder einer anderen uns feindlich gestimmten Partei für entsetzlich schädlich zu erklären. — In der Discussion sprachen sich sämmtliche Redner in erster Linie gegen das Zusammengehen mit den National-Liberalen und für die Kräftigung der gewerkschaftlichen Arbeiterpartei aus, was ein enges Zusammenhalten mit der Fortschrittspartei nicht ausschloß. Jedenfalls müsse der Candidat auf bestimmte Fragen geprüft und verpflichtet werden, seine bestimmten Zusagen zu halten.

Dr. M. Hirsch ist vollständig damit einverstanden, daß die Gewerbevereine sich fortan auch politisch betheiligen, wozu jedoch vor der Illusion, als könnten sie in ihrer jetzigen Stärke die Wahlen beherrschen. Von allen politischen Parteien habe die Fortschrittspartei stets die Interessen der Arbeiter vertreten, das dürfe man nicht vergessen, nicht die Dantbarkeit ganz aus den Augen lassen. Die Fortschrittspartei werde aber jetzt, wie sich nicht verkennen lasse, allerschwach, wie sich beispielsweise deutlich in der kirchlichen Bewegung zeige, und es dürfe vielleicht bald die Frage sich aufdrängen, ob die Arbeiter auch in Zukunft mit allen Elementen der Fortschrittspartei zusammengehen können. Die mehrfach aufgetauchte Nebenart, die Gewerbevereine seien nur zu einer Wahlmaschine der Fortschrittspartei in's Leben gerufen, sei eben nichts weiter als eine Nebenart; im Gegentheil neige die Mehrzahl der Fortschrittspartei der sozialen Frage nicht zu, wie sich das deutlich in dem Wahlauftruf kennzeichnet. Die heutigen Parteibezeichnungen seien längst überlebt, neue Parteiformationen im Gange, und diese würden auch die Gewerbevereine zu politischer Macht verhelfen. Augenblicklich sei dieser Zeitpunkt noch nicht eingetreten, und darum bitte er, wenigstens den Hinweis auf die National-Liberalen im letzten Passus der Resolution zu streichen. — Bei Abgang des Berichtes dauerte die Debatte noch fort.

In der Sitzung des Verbandstages der Gewerbevereine wurde das Striteglement, welches die Einrichtung permanenter Einigungsämter anordnet, und die Unterstützung der Mitglieder nur dann zuläßt, wenn die Einigungsversuche scheiterten und der Strite Ausläufer auf Erfolg hat, aufgestellt und eine Resolution über die Ausdehnung der Schlichter von der Industriearbeit, der Arbeitszeit der Frauen und Minderjährigen, die Einsetzung gemeinschaftlicher Commissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Durchführung der Gewerbebestimmungen und Hausordnungen angenommen.

[Die Sitzungen der von dem Bundesrath berufenen Commission] zur Verabreichung des Entwurfes einer deutschen Strafproceß-Ordnung wurden gestern im Reichskanzler-Amt durch den Präsidenten des letzteren, Staatsminister Delbrück, eröffnet. Wie bereits früher mitgetheilt worden, besteht die Commission aus folgenden Mitgliedern: dem königlich preussischen Präsidenten, Wirklichen Geheimen Ober-Justiz-Rath Dr. Friedberg, dem königlich preussischen Geheimen Ober-Justiz-Rath und Vortragenden Rath im Justiz-Ministerium Dr. Förster, dem königlich preussischen Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten, Geheimen Ober-Justiz-Rath Mager, dem königlich preussischen ordentlichen Professor der Rechte, Staats-Rath Dr. Zachariä, dem königlich preussischen Rechts-Anwalt, Justiz-Rath Wiener, dem königlich bayerischen Appellationsgerichts-Rath und Referenten im Staats-Ministerium der Justiz Dr. Staudinger, dem königlich sächsischen General-Staats-Anwalt Dr. Schwabe, dem königlich württembergischen Ober-Präsidenten-Rath von Binder, dem Großherzoglich badischen Ministerial-Rath Dr. Bingner, dem Großherzoglich hessischen Ober-Appellationsgerichts-Rath Dr. Bentgraf und dem bamburgischen Ober-Staats-Anwalt Dr. Mittel-Rath. Als Schriftführer der Commission fungiren der königlich preussische Appellationsgerichts-Rath Löwe und der königlich preussische Kreisrichter Polenz.

Staats-Minister Delbrück begrüßte die Commission Namens des zur Zeit von Berlin abwesenden Herrn Reichskanzlers und sprach, unter Hin-

weis auf den gesetzgeberischen Vorgang bei dem Zustandekommen des Strafgesetzbuchs die Hoffnung aus, daß es auch der jetzt zusammentretenden Commission gelingen werde, ihre Arbeiten derart zu fördern, daß auch diese von einem gleich raschen Erfolge begleitet sein würden. Der Minister ersuchte sodann den Präsidenten Dr. Friedberg, welcher von dem Fürsten Reichskanzler in Gemäßheit des Bundesrats-Beschlusses vom 13. März d. J. zum Vorsitzenden der Commission ernannt worden ist, die Verhandlungen zu eröffnen. Nachdem dies geschehen war, brachte der Vorsitzende auf Grund der ihm durch jenen Beschluß beigelegten Befugnis den Präsidenten Mager zum Berichtstatter in Vorschlag, womit die Commission sich einstimmig einverstanden erklärte. Hierauf wurden die hinsichtlich des Gesetzbuchs zu beobachtenden Grundsätze vereinbart und demnachst alsbald in die Beratung des Entwurfs selbst eingetreten.

[Dementi.] Aus dem „Schwiebener Kreisblatt“ ist in verschiedene andere Blätter die Mitteilung übergegangen, Anna Böcker sei nunmehr auf dem Heuboden des elterlichen Hauses zu Treuen unter dem Heu verstorben als Leiche aufgefunden worden. Diese Nachricht ist völlig unbegründet, wie der Vater des verschwundenen Kindes bekannt macht.

Braunschweig, 16. April. [Das Regentenschaftsgesetz.] Das „Braunschweiger Tagebl.“ bezeichnet heute den Procurator Köpp zu Wolfenbüttel als denjenigen Abgeordneten der Landesversammlung, welcher allein gegen das Regentenschaftsgesetz sich erklärte. Sein Widerspruch gegen dasselbe soll dahin gelaute haben:

Erstens sei der Kaiser allein berechtigt, den Frieden im Reiche zu wahren, und deshalb, über Allen stehend, allein die geeignete persönliche Persönlichkeit zur Führung der Regentenschaft; zweitens stehe die Vorlage im offenen Widerspruch mit dem Commissionenbericht, welcher z. B. die Frage darüber, wer denn der demnachstige Thronfolger sein werde, als eine offene erkläre, während doch das vereinbarte Gesetz durch die Einfügung der Worte „erbberechtigter Thronfolger“ und „Thronerbe“ dieser Frage in unzweideutiger Weise vorgreife, denn zwischen einem „erbberechtigten Thronfolger resp. Thronerben“ und einem noch erst „anzuerkennenden Thronfolger“, welches Wort man angesichts der Berufung auf Unparteilichkeit allein anwenden dürfe, bestehe eben der sehr wesentliche Unterschied, daß das Wort „Thronerbe“ nur eine sehr bestimmte Person bezeichne, während unter dem „Thronfolger“ alle Prätendenten zu denken seien. Der Abgeordnete Köpp soll drittens erklärt haben, daß die Landesversammlung nach Vereinbarung des Gesetzes rechtlich nicht mehr in der Lage sei, den im Gesetze anerkannten Thronerben, d. h. den Erbprinzen von Hannover resp. dessen Sohn Ernst August, wenn der eine oder der andere im Falle des Ablebens Sr. Hoheit ins Land komme, als Landesfürsten zurückzuweisen, denn § 1 lege die Regentenschaft nur für den Fall ein, „daß der berechtigte Thronerbe die Regierung zu übernehmen beschindert sei.“

Diesen Auseinandersetzungen schenken die Herren Abgeordneten aber kein Gehör, im Gegenteil traten einzelne mit solcher Entrüstung hiegegen auf, daß die Uneingeweihten völlig über den wahren Sachverhalt sich verwirrten. Das „Tagebl.“ hört übrigens, daß nicht wenige Abgeordnete nunmehr zur Einsicht gelangt sind und ihre Zustimmung zum Gesetze bereuen, darunter auch etliche, welche beim Zustandekommen desselben hauptsächlich mitwirkten. Unterdessen häufen sich die Stimmen, welche wissen wollen, daß der Kaiser nicht gewillt sein wird, dem Gesetze die gewünschte Garantie zu gewähren. „Das Land — sagt das „Tagebl.“ — käme über diesen Zweifel, wie auch über die Behauptung, daß der Großherzog von Oldenburg sein Bedenken gegen das Gesetz kundgegeben habe, am schnellsten hinaus, wenn das Ministerium sich äußern wollte, ob es denn Schritte gethan habe, um die Zustimmung der beiden Fürsten zum Gesetze zu erlangen und von welchem Erfolge dieselben begleitet waren. Ueberhaupt wäre es bei der Schwere der Sache unseres Ministeriums interessant, die Motive für so manche Gesetze und Maßregeln kennen zu lernen und begreifen wir deshalb die Kunde mit Freude, daß die Regierung damit umgeht, sich ein „Reichsgesetz“ in Braunschweig zu schaffen.“

○ **Aus Rheinland und Westfalen, 17. April.** [Ultramontane, liberale und Schulmänner-Versammlungen. — Ableben Ernst Scherenbergs.] Das Osterfest hat in unseren westlichen Provinzen eine Reihe von Versammlungen im Gefolge gehabt. Daß die Ultramontanen nicht feierten, ist selbstverständlich, und ihre Wanderversammlungen in Berncastel und Speyer (Reg.-Bez. Trier) in Oheim an der Lahn, Laer (Westfalen) u. s. w., welche am Ostermontag nach der bekannten Schablone vor sich gingen, bedürfen daher kaum einer besondern Erwähnung. — Bei weitem wichtiger waren dagegen die Zusammenkünfte, welche von liberaler Seite an demselben Tage in Oberlahnstein und Köln arrangiert waren, um sich über die bei den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus und zum deutschen Reichstage inne zu haltende Politik zu einigen. In dem ersten Orte wurde eine erfreuliche Uebereinstimmung zwischen nationalliberaler und Fortschrittspartei in Nassau erzielt, während in Köln ein selbstständigeres Vorgehen der letztgenannten Partei befürwortet wurde, wenigstens in jenen Wahlkreisen, in welchen die ultramontane Partei nicht zu fürchten ist. Möge man dabei nur nicht vergessen, daß auch jene Kreise, welche, wie z. B. Eibfeld-Barmen, durch eine starke socialdemokratische Wählermasse gefährdet sind, nicht minder eine selbstlose Compromisspolitik, ein enges Zusammenhängen aller liberalen Schattierungen erfordern, wie die Kreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Der Abg. Eugen Richter, welcher als Vertreter des Berliner Centralwahl-Comités der Fortschrittspartei an der Kölner Versammlung Theil genommen, benutzte zugleich seine Anwesenheit im Westen der Monarchie, um seinem hiesigen Wahlkreise einen Besuch abzustatten. Er legte seinen Wählern am 15. d. in Haake Rechenschaft über seine parlamentarische Thätigkeit in der Form eines lichtvollen und interessanten Vortrages über „Steuern und Steuerreform“ ab. — In zwei gesonderten Versammlungen haben vorgestern und gestern in Köln auch die Vertreter des höheren Schulwesens der Rheinlande getagt. Die am 15. d. unter dem Vorsth des Director Jaeger versammelten Gymnasiallehrer beschäftigten sich lebhaft mit der Beratung von elf Thesen über den „Deutschen Aufsatz“ von den untersten bis zu den obersten Klassen. Mehr Interesse auch für weitere Kreise bot die gestrige Zusammenkunft der Realschul-Lehrer der westlichen Provinzen. Der Director Schellen erstattete nämlich Bericht über die seit der vorjährigen Versammlung in Düsseldorf durch den Ausschuss in der Realschulfrage gethanen Schritte und Director Othenhof von Düsseldorf legte im Anschluß daran die Unzweckmäßigkeit weiterer die Berechtigung und Stellung der Realschulen betreffenden Petitionen an das Ministerium und das Abgeordnetenhaus dar. Nach lebhafter Debatte einigte sich die Versammlung mit ihm in der Ansicht, daß zunächst auf jede Weise das Zustandekommen eines nach allen Seiten hin gerechten Unterrichtsgesetzes zunächst durch Wirken in der Presse und auch bei Gelegenheit der bevorstehenden Wahlen erstrebt werden müsse. Allgemein wurde auch die Nothwendigkeit anerkannt zum Zweck der Aufstellung desselben kompetente Mitarbeiter aus den Lehrkreisen zu berufen, da die zumest nur juristisch gebildeten Ministerialräthe unmöglich die Bedürfnisse und die immer mehr wachsende Bedeutung des höheren Schulwesens in einer vollkommenen Weise zu würdigen in der Lage seien. Den Beschluß der Beratungen der Realschulmänner machte ein sehr anregender Vortrag des Dr. Evers aus Eresfeld über das Maß der häuslichen Arbeiten für Schüler höherer Lehranstalten. Er forderte auf das Entschiedenste die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit; bei Fortsetzung der jetzigen Ueberbürdung der Knaben würde man zwar die Ausbildung von geistreichen Arbeitsmännern, nicht aber die Bildung von

Charakteren, auf die doch schließlich der Unterricht als auf seinen Endzweck hinauslaufen müsse, erreichen.

Bonn, 16. April. [Freisprechung.] Die beiden Allocutions-Barone v. Böselager und v. Pompej wurden von der Appellkammer des hiesigen Landgerichts heute wiederum freigesprochen. Da eine weitere Berufung der Staatsanwaltschaft nicht vorliegt, hat diese Angelegenheit nunmehr zur Befriedigung der Ultramontanen ihr Ende erreicht.

Straßburg, 18. April. [Dem commissarischen Gemeindevorsteher Bach.] Ist der Regierungsdirector Baron von Reichlin als Hilfsarbeiter beigegeben worden.

Straßburg, 18. April. [Marien-Erscheinungen.] In der Gemeinde Bettweiler (Kr. Saargemünd) hatten wegen angeblicher Marien-Erscheinungen wiederholt Ansammlungen von größeren Menschenmassen zur Nachtzeit stattgefunden. Mit Rücksicht auf die dadurch hervorgerufene Aufregung und die gefährliche öffentliche Sicherheit ist jetzt vom Bezirkspräsidenten eine Verordnung erlassen worden, in welcher an das Gesetz über Abhaltung religiöser und politischer Versammlungen erinnert, und jede Ansammlung von mehr als fünf Personen im Freien untersagt wird.

Mülhausen, 14. April. [Zur Feier des bevorstehenden Wiedereinzugs] der französischen Garnison in Belfort werden nach der „Reichs-Z.“ zur Stunde schon ernsthafte Vorbereitungen getroffen und sind Behörden wie Privaten dafür thätig. Nach dem Programm sollen u. A. über 300 Festungswunden dabei figuriren; ein Theil der Kleider derselben ist hier in Arbeit gegeben, da die Näherinnen in Belfort, die noch vieles Andere für das Fest zu beschaffen haben, damit nicht rechtzeitig fertig werden. Auf dem Friedhof in Belfort läßt der Municipalrath ein Denkmal für die gefallenen Mobilmachisten errichten. Ein Grabstein in einfachem Styl soll die Stätte bezeichnen, wo die Opfer der Belagerung ruhen.

Deutsches Reich.

Wien, 18. April. [Festball.] Der zu Ehren der Vermählungsfeier der Erzherzogin Gisela von der Stadt Wien veranstaltete Festball hat gestern Abend stattgefunden. Die Gießer des kaiserlichen Hauses, die hier anwesenden Fürstlichkeiten und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps haben an demselben theilgenommen. Der Kaiser und die Kaiserin erschienen gegen 10 1/2 Uhr und wurden von den Anwesenden mit lebhaften Hochrufen empfangen.

Schweiz.

Zürich, 15. April. [Ueber die Arbeiten am Gotthard-Tunnel] entnehmen wir einem Bericht der „Schw. Grenz.“ vom 10. April: Der Alpentunnel, der die Gassen direct mit Airolo verbinden soll, hat eine Länge von 14,900 Metern, d. h. etwas mehr als 3 Wegstunden, und geht in einer Tiefe von über 6000 Fuß unter den Gipfeln der Gotthardgruppe durch. Die Kosten desselben wurden von Sachkundigen auf 53 Millionen Franken veranschlagt. Herr Favre, der Unternehmer sämtlicher Tunnelarbeiten, hat aber bekanntlich die Arbeiten für die Summe von circa 50 Millionen übernommen. Grattioni, Oberingenieur der Mont-Cenis-Bahn, berechnete die Kosten des Durchbruchs auf 60 Millionen Franken. Die Bauzeit des Tunnels wurde von den Experten auf 15 bis 16 Jahre berechnet: diese Berechnung stützt sich jedoch auf den Fortschritt der Arbeiten am Mont-Cenis-Tunnel zu jener Zeit, als das technische Gutachten über jene Arbeiten abgefaßt wurde, nämlich im Jahre 1864, wo das jährliche Fortschreiten des Tunnels auf beiden Seiten zusammen bloß 600 Meter betrug. Seitdem sind im Bohrverfahren vielfache Verbesserungen erzielt worden, so zwar, daß das jährliche Fortschreiten des Tunnels dort schon im Jahre 1867 fast das Dreifache, nämlich zwischen 1500 und 1600 Meter betragen hat. Nach diesen Erfahrungen unterliegt es keinem Zweifel, daß es möglich sein wird, auch ohne Anwendung eines Schachtes die Bauzeit des Gotthard-Tunnels auf 10, vielleicht 8 Jahre zu reduciren, und wirklich hatte sich schon Herr Oberingenieur Grattioni verbindlich gemacht, denselben in 9 bis 10 Jahren zu vollenden, während Herr Favre sich vertraglich anheischig gemacht hat, sogar in 8 Jahren sämtliche Arbeiten auszuführen. Vor Allem war es nöthig, die Richtung der Tunnelaxe so zu bestimmen, daß der Bau von beiden Seiten unabhängig begonnen und sicher fortgeführt werden kann und die beiden Tunnelstübe in der Mitte genau zusammenstreffen: gewiß eine schwierige Aufgabe, wenn man bedenkt, daß die Länge auf jeder Seite über 1 1/2 Wegstunden beträgt. Herr Ingenieur Gelpke aus Bern hat diese Aufgabe am Gotthard gelöst. Die Tunnel-Axe ist von demselben im Laufe des letzten Jahres bestimmt und buchstäblich an die Sterne geknüpft worden, da die unwandelbaren Geseße der Bewegung der Himmelskörper, die sichersten Anhaltspunkte für die Feststellung der Linie bieten. Wie bekannt, haben nun auch die wirklichen Arbeiten an dem Riesenvorhaben bereits vor 6 Monaten begonnen, wenn auch nur provisorisch, d. h. mit Handarbeit; denn die Herbeischaffung und Aufstellung von Maschinen, die Ausführung der großartigen Wasserleitungen u. d. d. erfordern einen Zeitaufwand von mindestens 8 Monaten. Auf jeder Seite der Tunnelmündung müssen ausgeführt werden: ein Gebäude mit je 5 Aufzugsbohrern, eine Gasbereitungsanstalt, eine mechanische Werkstätte, ein Magazin, sodann Schmieden, Kalt- und Pulver-Magazine, zwei große Holzmagazine, Wohnungen, Baracken, Spitäler, Kantinen u. d. d. Die Anlage dieser Gebäulichkeiten kostet auf jeder Seite über 1 Million Franken. So werden diese kleinen Alpendörfer mit ihren halberfallenen Häusern in große Arbeitsstätten umgewandelt; denn auf jeder Seite des Tunnels werden nicht weniger als 2000 Arbeiter beschäftigt werden. Die hier thätigen Maschinen zerfallen in die eigentlichen Bohrmaschinen, welche im Tunnel arbeiten und in die Apparate und mechanischen Einrichtungen vor der Tunnelmündung. Diese letzteren müssen die nöthige Kraft zur Bewegung der ersten liefern. Den Dampf in Höhlen von den Dampfmaschinen vor dem Tunnel auf die Bohrbohrer zu leiten, war unmöglich; auf den Vorschlag des Herrn Professors Colladon in Genf hat man daher zur Anwendung von comprimirter Luft seine Zuflucht genommen. Mit dieser ist man im Stande, die Kraft mit geringem Verluste auf colossale Entfernungen hin zu leiten. Vor dem Tunnel werden große Luftreservoirs hergestellt. Die zerfließenden Wildwasser der Aare und des Tessins bewegen colossale Wasserräder, welche die Luft in denselben mit einer Kraft von 300 Pferden auf weniger als den zwanzigsten Theil ihres ursprünglichen Volumens zusammenpressen. Die comprimirte Luft wird in Höhlen auf die Bauplätze geleitet, wo sie in einen Dampfschneider tritt und durch ihr Ausströmen den Kolben desselben mit ungeheurer Schnelligkeit vor- und rückwärts bewegt. Der Kolben wird nun mit dem Meißelbohrer in Verbindung gebracht, der bei jedem Stoße des Kolbens in das Gestein tiefer einbringt. Die Bohrmaschinen, deren stets mehrere (4—6) „vor Ort des Stollens“ (wie der technische Ausdruck für den Angriffspunkt lautet) arbeiten, bohren zusammen 50—60 Löcher. Sind diese gebohrt, so werden die Maschinen (sie ruhen auf Schienen) zurückgefahren und die Mineurs füllen die Löcher mit Pulver und Dynamit, um sie dann zu entzünden. Haben die Minen sich entzündet, so wird ein Hahn der Luftleitung geöffnet; die Gewalt der ausströmenden comprimirten Luft treibt im Augenblick allen Rauch aus dem Tunnel, und nachdem das losgeprengte Gestein beseitigt worden, beginnt die Bohrarbeit von Neuem.

[Erdbeben.] Am letzten Donnerstag, Abends nach 8 Uhr, wurde, wie die „Alpenboten“ berichten, in Bern ein leichter Erdstoß verspürt, welcher u. A. die Glocke am Zeitglockenthurm zwei Mal zum Anschlagen gebracht und bei mehreren Personen, die denselben wahrnahmen, eine Art elektrischer Empfindung hervorgerufen haben soll. Dieser Erdstoß wurde auch in Aarberg und Kirchdorf und an anderen Orten verspürt, und die Zeit wird übereinstimmend auf halb neun Uhr Abends angegeben. In Aarberg spürte man den Stoß 1—2 Secunden lang in der Richtung von SO. nach NW.; in Kirchdorf ging er mit einem einzigen kräftigen Stoß von S. nach N. vorbei und ließ im Körper das Gefühl eines elektrischen Stromes zurück. Auch aus anderen Gegenden des Cantons Bern und aus Freiburg und Neuchâtel sind Nachrichten über diesen Erdstoß eingegangen. Das „Sonderjournal“ vermutet: es möge das verheerende Erdbeben von San Salvador, welches am 11. d. telegraphisch gemeldet wurde, am gleichen Tage stattgefunden haben. Aus Freiburg berichtet der „Confedere“: daß der Stoß, von Norden nach Süden kommend, in zwei horizontalen Schwingungen bestand und von einem starken verticalen Stoß begleitet war. Er dauerte 5—6 Secunden; die Möbel in den Zimmern wurden gerüttelt, zum Theil umgeworfen, die Bewohner verließen die Häuser in der Angst, der Stoß werde sich wiederholen. Er war in den Hauptstraßen der Stadt fühlbarer als am Bahnhof.

Italien.

Rom, 13. April. [Japanische Gesandtschaft. — Schreiben des Papstes in Bezug auf das Conclave.] Gestern, schreibt man der „R. Z.“, ist der italienische Gesandte in Japan, Graf de Ortiani, in Brindisi angekommen und in seiner Begleitung das Personal der für Italien ernannten japanischen Gesandtschaft. — „Sanfalla“ will wissen, daß die Cardinale Patrici und Monaco la Baletta im Besitze zweier eigenhändigen Schreiben des Papstes sind, in welchen der Ort bestimmt ist, wo die Cardinale sich nach dem Tode Pius' IX. zum Conclave zu versammeln haben. Solche Schreiben haben für die Cardinale keine verbindliche Rechtskraft, wenn sie nicht die Form von Constitorial-Bullen haben. Es sind aber seit sehr langer Zeit keine Constitorial-Bullen mehr vorgekommen.

[Diplomatische.] In den politischen am besten unterrichteten Circeln weiß man nichts von der bevorstehenden Ankunft des Generals Blumenthal in Rom, von welcher in den Zeitungen viel die Rede war. — Die italienische Regierung hat Herrn Cristoforo Negri zum italienischen Geschäftsträger und General-Consul in Hamburg ernannt. Derselbe war früher Professor und Präsident der Universitäten zu Padua und Turin, hat sich als Schriftsteller auf historischem, geographischem und handelspolitischem Gebiete hervorgethan und ist 20 Jahre lang als Chef des Consular-Departements in Turin und Florenz thätig gewesen. Als Gründer und Präsident der Italienischen Geographischen Gesellschaft ist er mit Petermann und anderen wissenschaftlichen Größen in nähere Beziehung getreten, und verdankt ihm hauptsächlich die Bestimmungen, welche Italien zu den Nordpol-Expeditionen geliefert hat. In Anerkennung seiner Verdienste in dieser Hinsicht ist einem Gebirge Spitzbergens sein Name beigelegt worden, und die Geographische Gesellschaft in Rom hat ihn zu ihrem Ehren-Präsidenten auf Lebenszeit ernannt.

[Die projectirte Wallfahrt nach Assisi] nimmt die allgemeine Aufmerksamkeit in immer höherem Grade in Anspruch. In der Stadt selbst hat sich ein Central-Comité unter dem Vorsthe des Bischofs gebildet, von dem schon zwei Circularschreiben in der Angelegenheit erlassen worden sind. Der Gedanke selber aber ist von hier ausgegangen und ist ein abermaliges deutliches Lebenszeichen der neugebildeten „falschlichen Partei“. Es gilt nichts Geringeres als die eigenen Streitkräfte den Anticlericalen gegenüber zu sammeln und zu messen. „Die Katholiken“, sagt ein Organ jener Partei mit Rücksicht auf die Wallfahrt, „wissen schon, was ihre Schuldigkeit ist. Sie bilden die wahre italienische Nation; sie sind in der Mehrzahl, sie vertreten ihre innersten Gefühle. Die Revolutionäre suchen im Bewußtsein ihrer eigenen Schwäche und mit Drohungen und Lärm zurückzuschrecken. . . . Der Papst und die Bischöfe haben die Wallfahrt nach Assisi gesegnet, und das genügt, um uns mit allen Kräften danach streben zu lassen, daß sie ins Werk gesetzt werde.“ Daß die Liberalen der Wallfahrt entgegen sind, erklärt sich; aber die Absicht der bei dem Meeting in Perugia Versammelten, wenn ihr etwas unklarer Ausdruck wirklich von offener Gewalt zu verstehen ist, die sie einer solchen Demonstration entgegenzustellen gewillt wären, trifft in der besonnenen Presse auf den entschiedensten Widerspruch. Bei Licht besehen, arbeiten gerade solche Kundgebungen den Clericalen in die Hände. Da die Wallfahrt auch eine Demonstration gegen das Klostergesetz bilden wird, so täuscht es sich gerade gut, daß das jährliche Fest des heiligen Franciscus, an dem sie abgehalten werden soll, in die Zeit der Verhandlungen in der Kammer über dasselbe fällt.

[Seitens der protestantischen Propaganda] sind in Rom in der letzten Zeit zwei Locale eröffnet worden, in denen vornehmlich für Soldaten Vorträge über religiöse, auch über andere Gegenstände gehalten werden. Der stetige und zahlreiche Besuch dieser Conferenzen ist den Clericalen ein Dorn im Auge und veranlaßt unter Anderen den „Osservatore Romano“ vom 12. d. zu der folgenden Auslassung: „Der Protestantismus hat in Rom viele Buben (bottoghe) eröffnet, in denen man sich bemüht, die Jugend zu verderben. . . . In diesen Buben steht man immer einen großen Zulauf von Soldaten, welche an den evangelischen Ceremonien Theil nehmen. Wenn es sich um solche handelt, die von Jugend an Protestanten sind, so wollen wir nichts dagegen bemerken; wenn sie aber katholisch geboren sind, so begreifen wir nicht, wie man solche Proselytenmacherer zuläßt.“ Die militärische Behörde wird sich schwerlich veranlaßt sehen, dem hierin liegenden Winke zu entsprechen und den Soldaten den Besuch der Conferenzen zu verbieten. Man gestattet in Italien dem Soldaten außerhalb des Dienstes mehr Selbstständigkeit und Freiheit als in Deutschland, um zu seiner Ehre muß gesagt werden, daß er diese im Allgemeinen nicht mißbraucht. In dieser Frage wird freilich der confessionelle Standpunkt für das Urtheil darüber, ob hier ein Mißbrauch stattfindet oder nicht, leicht maßgebend.

Frankreich.

* **Paris, 16. April.** [Die Proclamation, welche die gemäßigten Republikaner zu Gunsten Remusat's an die Wähler richteten,] lautet:

Wir stehen am Vorabend einer Wahl, welche die ernstesten Folgen haben kann. Alle haben das Recht, Alle haben die Pflicht, ihre Ansicht über das Land zu geben, was das Beste der Republik erheischt. Zwei Candidaturen stehen sich gegenüber: die des Herrn v. Remusat, die des Herrn Barodet. Von uns hergeseht worden und mit ihm die Sache der Gemeinde-Institutionen. Ja Paris tauchte der Gedanke auf, der Schwesterstadt, der zweiten Hauptstadt Frankreichs, einen Beweis der Sympathie zu geben und zugleich die Zurückforderung der Gemeinde-Freiheiten zu bekräftigen. Die Pariser Wähler waren zusammenberufen worden, die von Lyon nicht. Man schlug vor, in Paris den Maire von Lyon zu wählen. Seitdem änderte sich die Lage. Alle erlebigen Wahlcollegien wurden zusammenberufen, das von Lyon wie alle übrigen. Ihre Gewählten, vierzehn neue Volksvertreter, werden in der Versammlung die Stimmen der öffentlichen Meinung vernahmen lassen. Herr v. Remusat hat seine Candidatur nicht allein auf der Befestigung der Republik aufgerichtet, sondern auch auf der speciellen und höchsten Frage, von welcher alle andern abhängen: auf der Unverletzlichkeit des allgemeinen Stimmrechts. Alle begreifen die Tragweite einer solchen Befestigung in dem Munde des Ministers, welcher der geschickte und patriotische Mitarbeiter des Präsidenten der Republik bei dem großen Werke der Befreiung des Territoriums war. Die moralische Wirkung der Pariser Kundgebung zu Gunsten Lyons ist erreicht; Lyon hat nicht mehr nöthig, daß man in seinem Namen spricht; das Wort ist ihm juristisch zu geben; es wird wissen, wen es zu beauftragen hat, um für es zu sprechen. Die Sprache unserer Gegner muß uns darüber aufklären, was wir zu thun haben. Die der Republik feindlich gestimmten Blätter wünschen um jeden Preis die Niederlage des Herrn v. Remusat. Seine Niederlage würde der Reaction in der Versammlung eine sehr große und sehr gefährliche Kraft verleihen; sein Sieg sicher das allgemeine Stimmrecht und stärkt die Regierung auf dem republikanischen Wege. Das Wohl der Republik ist klar dargelegt, die Wahl des Herrn v. Remusat ist nothwendig.

Dieser Ausruf ist unterschrieben von den republikanischen Deputierten Arago, Carnot, Daclerc, Journault, Joyon, D. de Lafayette, Laboulaye, Camy, Langlois, Lenet, Henri Martin, Paul Morin, Noël Parfait, Tirard, Wariet und Duquet, sowie von mehreren republikanisch gesinnten Pariser Gemeinderäthen und ehemaligen Maires.

Niederlande.

Haag, 15. April. [Ueber die kriegerischen Begebenheiten auf Sumatra] bringt der „Staatscourant“ in einer außer-

ordentlichen Beilage einen Bericht: „Nach einem heute Morgen (13. April) bei dem Departement der Colonien eingegangenen Telegramm aus Buitenzorg vom 12. April hat der General-Gouverneur durch ein am 9. d. Mts. vom dem Regierungs-Commissar aus Nijin abgeschicktes Telegramm (vermutlich am 11. d. Mts. zu Penang aufgegeben) folgenden Bericht empfangen: Nach der Kriegserklärung hat Nijin versucht, nochmals eine Frist zu erlangen. Neue Unterhandlungen wurden eröffnet, aber wieder abgebrochen, weil Nijin keine bestimmten Erklärungen geben wollte. Darauf sind durch unsere Kriegsschiffe, die den Regierungs-Commissar nach Nijin begleitet hatten, die Feindseligkeiten begonnen und mit Kraft fortgesetzt worden. Am 5. d. Mts. kamen die Truppen an. Durch den Commandanten der Expedition ward mit vier Compagnien eine Reconnoissance am Lande ausgeführt, welche befriedigend ausfiel. Am 8. d. Mts. landeten die Truppen, mit Ausnahme der Cavallerie und eines Theiles der Artillerie, die am 9. folgten. Die ganze Landung ist gut gelungen. Sofort wurden die Operationen begonnen. Man stieß auf hartnäckigen Widerstand mit großer Todesverachtung. Bisher haben unsere Waffen gesiegt. Das Geschütz der Schiffe that ausnehmenden Dienst. Bei dem Departement der Colonien ist somit nichts über Forderungen von Verstärkungen bekannt geworden, von welchen das in den Blättern verbreitete Reutersche Telegramm berichtet. Wahrscheinlich hatte Reuters Bureau keine Nachrichten über spätere Vorfälle, von welchen der Regierungs-Commissar an den General-Gouverneur Mittheilung gemacht hat. Nach einem gestern Abend in dem Colonial-Departement eingegangenen Telegramm aus Buitenzorg vom 13. April hatte der General-Gouverneur folgende nähere Nachrichten aus Nijin empfangen: Bei dem Angriffe auf eine Befestigung am 8. April ließ der Feind 80 Tote zurück. Von unserer Seite wurden 5 Offiziere und 41 Gemeine verwundet und 9 Gemeine getödtet. Am 9. wurde eine Verschanzung, in welche durch das Schiff „de Marnis“ Bresche geschossen war, ohne Widerstand genommen. Bei offensiven Reconnoissirungen ward bisher kein Widerstand gefunden. Am 10. wird das Hauptcorps nachrücken. Man hegt günstige Erwartungen.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 16. April. [Zum Untergang des „Atlantic“] Die mit der neuesten amerikanischen Post eingetroffenen New-Yorker Zeitungen enthalten spaßenswerte Berichte über den haarsträubenden Schiffbruch des „Atlantic“ aus dem Munde der überlebenden Offiziere und Passagiere des unglücklichen Emigrantenschiffes. Im Großen und Ganzen bestätigen diese Berichte die bereits bekannten Details über die furchtbare Katastrophe, ergänzen dieselbe aber durch die Mittheilung einer Reihe herzerweichender Episoden, welche die Größe des Unglücks womöglich erhöhen. Ein kleiner Junge, das einzige von dem Wad getretete Kind, stürzte, als der erste Alarm geschlagen wurde, mit dem Strom von Passagieren auf das Deck. Seine Eltern und Geschwister kamen um, als das Schiff theilweise umschlug. Er sprang auf den Rücken eines der Männer in der Hoffnung von demselben gerettet zu werden; aber der Mann schüttelte den wehlagenden Knaben von sich. Sein Geschrei erregte schließlich die Aufmerksamkeit des Capitäns, der, die Fähigkeit, mit der er um sein Leben rang, wahrnehmend, den Männern, welche die Rettungsstaue erfasst hatten, rief, den Knaben, wenn möglich, zu retten. Der arme kleine Kerl wurde sofort über die Köpfe der um's Leben kämpfenden Masse von menschlichen Wesen hinweg in das Boot gesteckt. Die gütigen Fischer, die daselbst, Menschenleben zu retten, weinten der Theilnahme, als sie den Burschen gesund und munter, aber über den Verlust der Seinigen tiefbetrübt, auf's Gestade setzten. Es war ein haarsträubender Anblick, die Leiden der unglücklichen Geschöpfe, selbst nachdem sie geborgen waren, anzusehen. Viele derselben wurden wahnsinnig und fielen von der Klippe in's Meer hinab, wo sie ertranken. Junge wie alte Leute wurden gelähmt, und als sie sich an das Ladelwerk oder an die Seiten des Schiffes anklammerten, schienen sie aller Vernunft beraubt zu sein, wenn ihnen von den Anderen der Rath erteilt wurde, eine Anstrengung zu machen, um das Boot zu erreichen und sich zu retten, rollten ihre Augen, und den Blick starr auf die sie anredenden Personen gerichtet, fragten sie in wildem Tone: „Welches Boot?“ Viele wieder, die in ihren Gängen mit dem Schlaf erwachten, hatten kaum Zeit um sich anzuleiden und auf's Verdeck zu eilen, ehe sie umkamen. Ein Kapitänspassagier, ein junger Mann, kam nur mit einer Weste bekleidet auf das Deck; er kramerte sich eine Zeit lang an die Seite des Schiffes an, rohte aber schließlich in's Meer und ertrank.

Der „New-York Herald“ sagt, daß der Capitän ernst und gefaßt, zuweilen aber, wenn irgend einer besonders entsetzlichen Episode erwähnt wurde, dem Kummer übermäßig schien. Bei einer Gelegenheit sagte er zu dem Reporter: „Wenn man bedenkt, daß während Hunderte von Männern gerettet wurden, jede Frau umkam. Es ist schrecklich! Wenn ich nur im Stande gewesen wäre, eine einzige Frau zu retten, so könnte ich das Unglück ertragen, aber alle zu verlieren ist furchtbar.“ Er schien, sagt der „Herald“ hinzu, zu begreifen, daß die Welt ihn für die Katastrophe zur strengen Verantwortung ziehen wird, und daß er, ob tabelfrei oder schuldig, von Vielen für verantwortlich gehalten werden wird. Der erste Offizier sagt in seinem Bericht, daß die Frau, die im Ladelwerk in seinem Beisein umkam, großen Muth und merkwürdige Kraft an den Tag legte, aber nach achtsündigen Leiden schließlich unterlag. Ihr halbverstarrter Körper blieb, nachdem der Tod eingetreten, im Ladelwerk hängen. Mit den herausgetretenen Augen und dem schäumenden Munde bildete die Leiche einen grauenhaften Anblick, der erhöht wurde durch den Contrast mit den zahlreichen Jungfrauen, die an ihren Fingern blühten.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 19. April. [Proclama.] Das k. Consistorium macht bekannt, daß auf Befehl Sr. Majestät des Königs die Vermählung Sr. K. H. des Prinzen Albrecht von Preußen mit S. O. der Prinzessin Marie, Tochter des Herzogs von Sachsen-Altenburg, Sonnabend, den 19. April stattfindet und weist zugleich künftige Geistliche der Provinz an, dies am nächstfolgenden Sonntage von den Kanzeln in üblicher Weise den Gemeinden „unter Dankagung und Fürbitte“ zu proclamieren.

** [Personalien.] Pfarr-Abm. Wilhelm Hubler in Hermsdorf u. R. Archipr. Hirschberg, als Pfarrer daselbst. Pfarr-Abm. Franz Buhl in Schöps, Archipr. Birkow als Pfarrer daselbst. Pfarr-Abm. Hugo Stabitz oder neu errichteten Pfarrei in Siemianowitz, Archipr. Beuthen OS., als Pfarrer daselbst. Pfarr-Abm. Ernst Bergmann in Siebenbrun, Archipr. Wansen, als Pfarrer daselbst. Stadtpfarrer W. Schreyer in Seltitz als Caplan nach Lahn, Archipr. gleichen Namens. Caplan Olte in Blumenau, Archipr. Vollenhagen, als Stadtpfarrer nach Seltitz. Caplan Augustin Weinhold zu St. Mauritius in Breslau als Caplan ad St. Mariam auf dem Sande hieselbst. Pfarr-Abm. Augustin Winkler in Herrnsdorf, Archipr. Gubian, als Pfarrer daselbst. Kreis-Vicar Julius Bronder in Beuthen OS. als Pfarr-Abm. am. od. redd. rat. nach Barmen, Archipr. Lublin. Pfarr-Abm. Dr. Constantin Herrmann in Barmen, Archipr. Münsterberg, als Pfarrer daselbst.

Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz Carl zu Hohenlohe-Jagellingen, a. Lublin. Fürst v. Radziwill, Privatier, a. Krakau. Prinz v. Radziwill, Privatier, dgl.

[Alarmierung der Feuerweh.] Am 17. d. Mts. Abends 10 Uhr wurde in Folge Ausströmens von Rauch aus den Kellern des Hauses Reichstraße 43/44 die Feuerweh alarmirt. Diese fand indeß eine Feuergefahr nicht vor. Bei näheren Nachsehen ergab sich, daß in Folge mangelhafter Reinigung des Schornsteins und theilweiser Verstopfung des letzteren durch Ruß ein Ausströmen des Rauches durch eine im Keller befindliche Schornsteinreinigungsthür stattfand.

Am 15. d. Mts. Abends in der 8. Stunde wurde auf der zwischen der Waldstraße und der Gernersing'schen Dampfziegelei, links von der Schmoit'scher Gasse gelegenen dem hiesigen Magistrat gehörigen Wiese an drei verschiedenen Stellen Feuer wahrgenommen, welches bereits eine Fläche von circa 1 1/2 Morgen eingeäschert hatte und nur mit großer Mühe erdrückt werden konnte. — Da es wahrscheinlich ist, daß der Brand böswillig durch Entzündung von auf der Wiese befindlichen trocknen Gegenständen unter Mitbenutzung von Petroleum herbeigeführt wurde, wird ersucht etwaige Anhaltspunkte, welche zur Ermittlung des Thäters führen könnten, dem k. n. l. Polizeipräsidium anzuzeigen. (Pol. Bl.)

+ Glogau, 18. April. [Ueber die Angelegenheit der verhafteten Gründer der Actienbrauerei in Sagan.] Vanquier Ende und Director Guhr zu Sagan erfahren wir, daß die Genannten vorläufig in Haft verbleiben müssen. Die Vorläufige bei der Gründung der Brauerei waren zur Kenntniß der k. n. l. Staatsanwaltschaft in Sagan gelangt; nachdem zwei Zeugen vernommen worden, beantragte dieselbe bei dem k. n. l. Kreis-Gericht in Sagan die Verhaftung des Ende und Guhr. Dieser Gerichtshof lehnte den Antrag ab. In Folge Beschwerde der Staats-Anwaltschaft beschloß der Criminal-Senat des Appellations-Gericht in Glogau jedoch die Verhaftung. Nachdem dieselbe erfolgt war, beschwerten sich die Verhafteten bei dem Herrn Justizminister über das k. n. l. Appellations-Gericht in Glogau, weil dasselbe ihre Verhaftung angeordnet habe. Der Herr Justizminister forderte Bericht vom k. n. l. Appellations-Gericht in Glogau und dieses erklärte, daß es bei dem gefaßten Beschlusse verbleiben und auch die Freilassung gegen Caution abgelehnt werden müsse. Die eingeleitete Untersuchung soll doreist vollständig beendet werden. So steht die Sache gegenwärtig und es dürfte wohl noch einige Zeit vergehen, ehe man über dieselbe ein klares Bild wird erhalten können.

○ Wobslau, 18. April. [Gymnasium.] Die ministerielle Genehmigung zur Errichtung eines Gymnasiums in dieser Stadt und zur Eröffnung desselben mit seinen drei untersten Klassen: Sexta, Quinta und Quarta ist nun endlich eingetroffen. Der Eröffnungstermin ist jetzt für den 1. October d. J. bestimmt in Aussicht genommen. Das zum interimistischen Schulgebäude bestimmte neue Schießhaus wird sofort dem Zwecke entsprechend eingerichtet und die darin sich befindlichen Beizimmer mit den nöthigen Utensilien versehen werden. Aus werden Seitens der städtischen Behörden sofort die erforderlichen Schritte zur Gewinnung der Lehrkräfte für die neue Anstalt gethan werden. Nach dem Errichtungsplane werden zum 1. October d. J. besetzt: 1) die Directorstelle mit 1500 Thlr. Gehalt; 2) die Stelle eines Oberlehrers mit 1200 Thlr. Gehalt; 3) die Stelle eines ordentlichen Gymnasiallehrers mit 900 Thlr. Gehalt; 4) die Stelle eines ordentlichen Gymnasiallehrers mit 700 Thlr. Gehalt; 5) die Stelle eines technischen Lehrers mit 500 resp. mit 600 Thlr. Gehalt, wenn er den Turnunterricht mit übernimmt. Der Zulauf, welchen die Kammerei-Kasse im ersten Schuljahre zu leisten hat, beträgt nach dem Etat 4320 Thlr. Da das zu errichtende Gymnasium einen simulanten Charakter trägt und den Schülern aller Confectionen offen steht, so hofft man auf befriedigende Frequenz von Außen her. — Nach den Feststellungen einer für diesen Zweck berufenen Kreis-Commission erhält der Kreis Wobslau 29 Kreistagsmitglieder. Davon kommen 4 auf die Städte, 12 auf den großen Grundbesitz, 13 auf die Landgemeinden, für welche betreffs des 13. das Loos entscheidet.

△ Ohlau, 18. April. [Unglücksfall.] Der Rechnungsrath G., ein allgemein geachteter und beliebter Herr, von dem man glaubte, daß er seit mehreren Monaten bei seinen Verwandten verweilt, ist heut todt in seinem Bette gefunden worden. Er war Wittwer und hatte Niemanden in seiner Umgebung. Eine gerichtliche Untersuchung ist angeordnet.

[Notizen aus der Provinz.] * Sagan. Am 20. April d. J. feiert der in weiten Kreisen bekannte und allgemein verehrte königliche Kreisgerichtsrath Herr Hermann Mezke, Ritter v., sein 50jähriges Dienstjubiläum als activer Jurist. — Wie vorstehend man beim Kochen mit Spiritus umgehen muß, beweist wieder ein Unglücksfall, der sich am 15. d. Mts. Nachmittags, in einem Hause der Sprottau'schen Straße ereignete. Daselbst war eine schon bejahrte Frau, die Wittwe Lange, damit beschäftigt, für ein ihr zur Aufwartung übergebenes Kind Milch über Spiritus zu kochen und wollte hierauf die Flamme durch Ausblasen löschen, wobei der brennende Spiritus herausspritzte und die Kleider der Frau in Brand setzte. Da zufällig Niemand zugegen war, so eilte die Unglückliche brennend bis in's Nachbarhaus, wo man durch übergeworfene Decken und mit Wasser die Kleider löschte. Leider sind die Brandwunden so bedeutend gewesen, daß der Tod der Verunglückten bereits erfolgt ist. — Auch ein Kind war in voriger Woche nahe daran, durch Feuer beschädigt zu werden. Dasselbe kam einem Kohlenfeuer, das die Klemmer in einem Hofe auf der Baderstraße unterhielten, zu nahe, so daß die Kleider Feuer fingen, konnte aber noch rechtzeitig gerettet werden.

+ Goldberg. Am Mittwoch Abend wurde der 14jährige Stiefsohn des Müllermeisters Herrn Gerdunk (Namen's Reinhold), welcher den Windmühlflügel zu nahe kam, von demselben erfasst und ihm bedeutende Verletzungen am Kopfe beigebracht.

* Glogau. Am dritten Osterfeiertag benutzten ein Arbeiter und eine Arbeiterin aus Lerchenberg, welche in Oberau auf Arbeit waren, das Wehr in der alten Oder, um auf dem nächsten Wege nach Lerchenberg zu kommen. In der Mitte des Wehrs hatte die Frau das Unglück zu fallen und vom Strom erfasst zu werden. Auf das Hilferufen des Mannes eilten zwar Schiffer herbei, sie waren jedoch außer Stande, die Frau zu retten, vielmehr wurde dieselbe am folgenden Tage in der Oder als Leiche gefunden.

△ Glogau. Die „R. Geb.-Ztg.“ berichtet: In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch ist von ruhmloser Hand die Steinmayer'sche Brücke in Brand gesteckt worden. Der Belag ist durchgebrannt und auch ein Unterlagelatten verbrannt, so daß z. B. die Brücke unpassierbar ist. Der Magistrat beabsichtigt, auf die Entdeckung des Thäters eine Geldprämie auszusetzen. — Am ersten Feiertag hat bei dem Einschnitt in den Neisseberg ein Gerusch stattgefunden; ca. 400 Schachteln Gerölle stürzten von oben herab, überschütteten den Bahndamm und rollten theilweise bis in die Neisse hinunter. Hätte sich der Vorfall an einem Arbeitstage ereignet, so wäre ein Unglück unvermeidlich gewesen.

Meteorologische Beobachtungen auf der k. n. l. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	328.13	328.88	328.85
Luftwärme	+ 17.5	+ 10.9	+ 8.8
Dunstdruck	3.32	3.11	3.19
Dunstfälligkeit	38 pSt.	61 pSt.	74 pSt.
Wind	SE. 1	SE. 2	SE. 1
Wetter	fast heiter.	heiter.	wollig.

Breslau, 19. April. [Wasserstand.] N. P. 15 F. 7.3 U. P. — F. 8.3

Breslau, 17. April. [In der heutigen General-Verammlung der Breslauer Handels- und Export-Gesellschaft] ward der Geschäftsbericht pro 1872 mitgetheilt und genehmigt, Decharge erteilt, und die Dividende für 1872 auf 9 pSt. pro rata temporis oder 4 Thlr. 18 1/2 Sgr. pro Actie festgesetzt, deren Auszahlung am 15. Mai an den bekannt zu machenden Stellen stattfinden wird. Die durch das Loos ausgeschiedenen Herren Moriz Cohn, B. W. Grüttner und Moriz Gradewitz wurden einstimmig wieder in den Verwaltungsrath gewählt und nahmen die Wahl an. Der Vorsitzende theilte noch mit, daß das laufende Jahr nach den Ergebnissen der ersten drei Monate ein sehr erfreuliches Resultat verspreche.

Berlin, 18. April. War die gestrige Börse schon träge und schwerfällig, so wurde sie dennoch durch das heutige Geschäft überboten, das sich nicht nur sehr lebhaft abwickelte, sondern fast auf einen allgemeinen matten Charakter trug. Daß bei einer solchen Geschäftslosigkeit Rückgänge in den Coursen eintreten, ist ganz natürlich, und dem gegenüber muß es hervorgehoben werden, wie die Rückgänge eben nur auf ein Minimum beschränkt bleiben, wie es augenblicklich meistens der Fall ist. Es läßt sich aus der Zähligkeit, mit welcher man, mit wenigen Ausnahmen, die Course zu behaupten sucht, folgern, daß die Börse noch immer an ihrer so lange conservativen Meinung festhält und auf eine demnächstige Wiederkehr der steigenden Bewegung rechnet. Wenn indeß es nach jeder Richtung hin hier an aller Anregung fehlt, geräth der Verkehr um so mehr ins Stoden, als auch die auswärtigen Börsenplätze, bei denen ähnliche Motive geltend sind, sich nicht veranlaßt fühlen, irgendwie die Initiative zu ergreifen. Der heute veröffentlichte Ausweis der preussischen Bank bestätigte die schon seit einigen Tagen geltende Vertheilung, und haben danach sowohl die Anlagen der Bank als auch die circulirenden Noten eine nicht unbeträchtliche Reduktion erfahren. Im offenen Markte haben die Gelddarstellungen jedoch keine Veränderung erlitten. Die Nachfrage bleibt reg und ebenso bleiben die Discounte stabil. In den Speculationswerthen war der Verkehr sehr gering. Franzosen behaupteten gute Festigkeit, Lombarden waren jedoch schwächer, da die Nachrichten über die Superdividende die Speculation keineswegs anzuregen. Oesterreichische Creditbanc fanden wenig Berücksichtigung. Von Oesterreichischen Bahnen waren nur Galizier belebt, im Ganzen herrschte hier aber ziemlich Festigkeit. Sehr vernachlässigt zeigten sich Oesterreichische Fonds; Loospapiere fast ganz geschäftlos und Renten eher angeboten als begehrt. Italiener erholten sich zum Schluß etwas und gewannen eine geringe Courserhöhung, französische Renten unverändert, Türken und Amerikaner zu gestriger Notiz fest. Russische Staatswerthe zeigten gute Festigkeit und waren besonders Bund Sterl.-Anleihe begehrt. Preussische und Deutsche Fonds fest aber still. Inländische Prioritäten ziemlich belebt,

namentlich Kölner IV. und Stettiner IV. Von auswärtigen Prioritäten waren Lombardische und Staatsbahn beliebt, Franz. Joseph 91 1/2. Das Geschäft auf dem Eisenbahn-Actien-Markt stagnirte fast ganz, und obgleich die Course manche Reductionen erlitten, so vermochte der Verkehr doch keine Regsamkeit zu gewinnen. Schief. Devisen ziemlich fest, leichte Actien meist niedriger. Das Prämiengeschäft blieb ganz belanglos, meist waltete das Angebot vor. Auch für Banactien war die Stimmung sehr matt und viele Courserhöhungen waren die Folge davon. Centralbank für Bauten steigend und in ungeschwächter Beliebtheit, Meiningen, Centralgenossenschaftsbank, Berliner Handelsgesellschaft, Gewerbebank und Petersburger Internationale rege und zum Theil besser. Süddeutsche Immobilien 121 1/2, Pfaffenburger Bankverein 121 1/2, Schaaffhauser Bankverein, Provinzial-Geserbe- und einige Breslauer Banken weichen. Industrieactien schwach, nur Brauereiactien im Allgemeinen lebhaft, Bitter belebt und in Albertinen-Actie, sowie Arneburger Osefabrik großes Geschäft, auch Montanwerthe meist steigend, Bismarcker Union sehr fest und lebhaft, desgleichen Ritterburg, Stadtbergwerk und Leopoldshall. (Bank- u. h.-z.)

•• Berlin, 17. April. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte und Metalle.] Das Geschäft in verfloßener Woche war der Feiertage wegen ziemlich still, da die Geldknappheit noch immer andauert, blieb die Kaufkraft der Consumenten ohne Belang. — Kupfer. In England ruhig und fest. Chili 91—92 Pfd. Sterl. Wallarow 97 Pfd. St. Urmeneta 98 Pfd. St. Hiesiger Preis für englische Marten 32 1/2 bis 33 1/2 Thlr. per Ctr. Mansfelder Gartwupfer 32 Thlr. per Ctr. Raffinade 32 1/2 Thlr. per Ctr. Rasse ab Hütte. Detail-Preise 1—1 1/2 Thlr. höher. — Bruchwupfer 28 1/2—29 1/2 Thlr. loco per Ctr. — Zinn matt. Banca in Holland 84 1/2 Fl. Hier Banca 50 1/2—51 Thlr. per Ctr. Straits in England 146 Sh. Hier Prima Gammzinn je nach Qualität 50—50 1/2 Thlr. per Ctr. Secunda desgleichen 44 1/2—45 1/2 Thlr. per Ctr. — Zink Einzelverkauf verhältnißmäßig höhere Preise. — Bruchzinn 35—36 Thlr. per Ctr. — Zink ruhiger. In Breslau W. H. von Giesche's Erben 8 1/2 Thlr., geringere Marten 8 1/2 Thlr. per Ctr. In London 23 Pfd. St. Hier am Plage erstere 9 1/2 bis 9 3/4 Thlr., letztere 9 Thlr. per Ctr. Im Detail verhältnißmäßig höher. — Bruch-Zink 5 1/2 Thlr. loco per Ctr. — Blei fest und begehrt. Zarnowitzer sowie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben, ab Hütte 7 1/2 Thlr. per Ctr. Rasse. Loco hier 8 1/2 Thlr., Harzer und Sächsisches 7 1/2 bis 8 Thlr., Spanisches 8 1/2 Thlr. per Ctr. Detail-Preise verhältnißmäßig höher. Bruch-Blei 6 1/2 Thlr. loco per Ctr. — Roh-Eisen. In Glasgow Warrants gingen auf 117 Sh. 6 P. zurück, englisch Giesereisen knapp und unverändert fest. Verschiedene Sorten, Langloos und Coltnes 140 Sh. f. a. Glasgow. Hiesige Lagerpreise für gute und beste schottische Marten 87 1/2—92 1/2 Sgr. per Ctr. Englisches Roheisen 75 Sgr. per Ctr. Oesterreichisches Coaks-Roheisen, zum Verpudeln 69—70 Sgr. Gieserei 71—72 Sgr. per Ctr. loco Osen. Holzbohlen-Roheisen 81—82 Sgr. per Ctr. ab Hütte bezahlt. — Bruch-Eisen. Je nach Qualität 1 1/2—2 1/2 Thlr. per Ctr. — Stab-Eisen. Gewaltes 5 1/2—5 3/4 Thlr. Geschmiedetes bis 6 1/2 Thlr. per Ctr. ab Werk. Schmiedeeiserne Träger 7—8 Thlr. loco per Ctr. je nach Dimension. — Eisenbahn-Schienen halten sich im Preise. Zu Baumweiden geschlagene 3 1/2 bis 4 Thlr., zum Verwalzen 3 1/2 Thlr. per Ctr. loco hier. — Kohlen und Coaks angeboten. Englisches Kokslohlen wurden bis 32 Thlr. pro 40 Hectoliter, Schmelz-Coaks bis 36 Sgr. per Ctr. loco hier bezahlt. Leopold Hadra.

R. Stettin, 18. April. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: leicht bewölkt. Temperatur + 13° R. Barometer 28 1/2". W. H. H. — Weizen flau, pr. 2000 Pfd. loco 52—54 Thlr. bez., pr. Frühjahr 84—85, 83 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 83 1/2, 83—83 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 83 1/2, 83, 83 1/2 Thlr. bez., pr. Juli-August 83 1/2, 83 Thlr. bez., pr. September-October 78 1/2, 78 Thlr. bez., pr. Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco 50—54 Thlr. bez., pr. Frühjahr 54 1/2, 53 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 52 1/2, 1/2, 1/2 Thlr. bez., pr. Juli-August 52 1/2, 1/2 Thlr. bez., pr. September-October 52 1/2 Thlr. bez., u. O. — Gerste beauptet, pr. 2000 Pfd. loco 50—58 Thlr. bez., pr. Frühjahr 45 1/2 Thlr. O. — pr. Mai-Juni 45—45 1/2 Thlr. bez., pr. Erbsen fest, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 40—46 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter 44 1/2 Thlr. O. — pr. Mai-Juni 45 Thlr. O. — Winterweizen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 97—96 1/2, 1/2 Thlr. bez., u. O. — Rüböl still, pr. 200 Pfd. loco 21 Thlr. Dr., pr. April-Mai u. pr. Mai-Juni 21 Thlr. Dr., pr. September-October 22 Thlr. bez., u. O. — Spiritus matter, pr. 100 Liter à 100 pSt. loco 16 1/2 Thlr. bez., pr. Frühjahr 17 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 17 1/2, 1/2, 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 17 1/2, 1/2, 1/2 Thlr. bez., pr. Juli-August 17 1/2, 1/2, 1/2 Thlr. bez., pr. August-September 18 1/2 Thlr. bez., pr. September-October 18 Thlr. Dr. — Petroleum loco 6 Thlr. Dr., pr. September-October 5 1/2 Thlr. Dr., 5 1/2, 1/2 Thlr. O., pr. October-November 5 1/2 Thlr. Dr., 5 1/2 Thlr. bez., u. O.

Angemeldet: 5000 Ctr. Weizen, 26,000 Ctr. Roggen, 200 Ctr. Rüböl, 20,000 Ctr. Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 83 1/2, Roggen 54 1/2, Rüböl 21, Spiritus 17 1/2 Thlr.

Der Frühjahrslieferungs-Termin begann am 15. März und endigt am 26. April.

○ Paris, 16. April. [Börse.] Die Börse war wieder flau; die Candidatur Garodet wird von dem Kaiser mit Glück ausbeutelet. Uebriens war das Geschäft trotz der Halb-Monatsliquidation für die Effecten nur beschränkt. Das Baargeldgeschäft blieb gleichfalls flau.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Mittwoch 16. April. Zuder ruhig, u. unveränderten Preisen. — Raffee sehr fest. — Thee unverändert. — Reis unbeliebt.

Metalle: ruhig. — Zinn, Pfd. Sterl. 144. — Zink fest. — Terpentin zu 41. — Petroleum zu 1, 2 1/2. — Baumwollene ruhig, aber stetig. — Talg loco 43, 3.

Telegraphische Course und Vorkennnachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.) Paris, 18. April. Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 55, 90 Anleihe de 1871 89, 75. Anleihe de 1872 91, 07 1/2. Italien 5proc. Rente 63, 65. dto. Tabaks-Actien 810, 00. Franzosen (gestpt.) 788, 75. do. neue —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien —. Oester. Nordwestbahn —. Lombard. Eisenbahn-Actien 456, 25. dto. Prioritäten 256, 25. Aktien de 1865 55, 57. do. de 1869 326, 50. Aktien-loose 174, 00. Neueste türkische Loose —. 5proc. Rente. St. pr. 1882 (ungek.) —. Solvagin —. Unentfchieden.

London, 18. April, 4 Uhr Nachmittags. Consols 93 1/2. Spanier —. Italienische 5proc. Rente 62 1/2. Lombarden 17 1/2. Meridionaler —. 5proc. Rente de 1871 93 1/2. 5proc. Rente de 1872 92 1/2. Silber 59 1/2. Nordd. Schachschene —. Französische Anleihe Moragan —. Türken Anleihe de 1865 54 1/2. 5proc. Rente. Anleihe de 1869 63 1/2. 5pSt. Türken-Bonds —. 5proc. Rente. St. pr. 1882 90 1/2. Oester. Silberrente 68. Oester. Papierrente 66 1/2. — Plazdiscont —. — Aus der Bank flossen heute 100,000 Pfd. St.

Wechselnotierungen: Berlin 6, 25. Hamburg 3 Monat 20, 25. Frankfurt a. M. 119 1/2. Wien 11 Fl. 20 Kr. Paris 25, 77. Petersburg 31 1/2. Frankfurt a. M., 18 April. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Berl. Wechsel 105. Hamb. Wechsel 105. Lond. Wechsel 118 1/2. Pariser Wechsel 92 1/2. Wiener Wechsel 107 1/2. Franzosen alt*) 361. do. neue —. Sächsische Ludwigsbahn 170 1/2. Böhmische Westbahn 250 1/2. Lombarden*) 205. Galizier 243 1/2. Eisenbahnbahn 263 1/2. Nordwestbahn 232. Elbthal —. Ostbairische 105. Oesterreich. 76 1/2. Albrechtsbahn-Actien 178. do. Prioritäten 82 1/2. Oregon 33 1/2. Creditactien*) 356. Oest. Prämien-Anleihe 112. do. Wtl. — Anleihe 100 1/2. Neue Sächsische 103 1/2. 1872er russisch-engl. Anleihe 100 1/2. do. nicht vollz. —. Kup. Bodencr. 90 1/2. Neue Russen 90 1/2. Aktien 52. Silberrente 67. Bahrerente 64 1/2. Witten-Loose 94 1/2. 1860er Loose 95. 1864er Loose 174 1/2. Ungar. Anleihe 77 1/2. do. Loose 108 1/2. Raab-Gräzer Loose 83 1/2. Oester. 86 1/2. Bundes-Anleihe —. Amerikaner de 1882 95 1/2. Darmstädter Bankactien 121. Meiningen Bank 143. Dresd. B. 103. Schaffhauser Bankactien 42. Süddeutsche Bodencr. 109 1/2. Deutsch-Oesterreichische Bank —. Ital.-deutsche Bank —. Oester. Nat.-Bank 1009. Franz.-ital. Bank 90 1/2. Central-Bank. 97 1/2. Preuss.-Banc.-Gesellsch. 171. Brüsseler Bank 111 1/2. Berl. Bankverein 156 1/2. Leipziger Bankverein 91 1/2. Frankfurt-Bankverein 159. do. Wechselbank 99. Centralbank 105 1/2. Antwerpener Bank 100. Englische Wechselbank 45. Baltischport 67 1/2. Rem. 100. 5proc. Rente —. South Eastern 67 1/2. Continental — Eisenb. 118. Oest. Eisenb. 130 1/2. Wiener Unionbank 272 1/2. Frankfurter Bank 105 1/2. Nächst-Nächst 86 1/2.

Matt. Brauau-Straßwalchener Stamm-Actien 175 1/2, dito Prioritäten 77 1/2, Schiffliche Bank 265. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 122.

* P. medio resp. per ultimo. Frankfurt a. M., 18. April, Abends. [Effecten & Societät.] Americaner 95 1/2, Creditact. 355, 1860er Loose 95, Staatsbahn 360 1/2, Lombarden 204 1/2, Silberrente 67, Oester. Nat.-Bank —, Antwerpener

